

Liebe Leser*innen,

ob die Weltfinanzkrise 2007/2008, die Pandemie, der russische Angriffskrieg in der Ukraine oder die Folgen der Klimakatastrophe – die letzten Jahre und Jahrzehnte waren gekennzeichnet von einer enormen Krisenabfolge. Von Krisen profitieren häufig rechtsextreme Milieus, deren Ressentiments Raum in der Mitte der Gesellschaft erobern. Rassistische Einstellungen und Gewalt sind mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, mit Toleranz und der Achtung der Menschenwürde jedoch unvereinbar. Darauf sollten Demokrat*innen immer wieder selbstbewusst hinweisen. Hier ist nicht zuletzt die Frage von Bedeutung, so Andreas Speit in diesem Heft, „inwieweit das konservative Spektrum wirklich konservativ bleibt“ – oder weiter nach rechts rückt.

Sozialer Friede ist für eine Demokratie elementar. Umso dringender geboten ist das ernsthafte Bemühen, soziale Ungleichheiten zu minimieren, besser noch: zu beseitigen. Denn: „Soziale Ungleichheit ist eine existenzielle Bedrohung für unsere Gesellschaften. Sie verstärkt die Armut, untergräbt die Demokratie, vertieft geschlechtsspezifische und rassistische Benachteiligungen und trägt maßgeblich dazu bei, dass die Klimakrise sich zur Klimakatastrophe ausweitet“, so der zugespitzte Befund des aktuellen OXFAM-Berichtes „Umsteuern für soziale Gerechtigkeit!“ in diesem Heft.

In der Arbeiterwohlfahrt kommen wir auf der Grundlage zentraler Werte zusammen. Die Verbindung von Solidarität und demokratischer Vielfalt prägt die Arbeit von unseren ehrenamtlichen Engagierten sowie unseren Mitarbeitenden in den Diensten und Einrichtungen. Diese Wertegebundenheit macht uns stark und mutig – auch und vor allem gegenüber denen, die unsere Demokratie ablehnen und bekämpfen.



Quelle: AWO Bundesverband e.V.

Claudia Mandrysch
Vorständin des AWO Bundesverbandes